

Haushaltsrede der GAL zum Haushaltsentwurf 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weinschenk, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer,

Dies ist die erste Haushaltsberatung der neu gewählten GAL-Fraktion, die angetreten ist, offen und sachlich Standpunkte und Inhalte in den politischen Prozess zu tragen und ihren Beitrag bei der Gestaltung der städtischen Zukunft leisten will.

Die guten Haushaltszahlen sind sicherlich eng verknüpft mit der gesamtwirtschaftlichen Lage Deutschlands. Will man den Erfolg der Stadt Bad Waldsee begreifen, muss man anerkennen, dass in den vergangenen Jahren die Verwaltung, wie auch die gewählten Vertreter in den vergangenen Jahren vieles richtig gemacht haben. Trotz Millionen Investitionen in den letzten Jahren steht die Stadt Bad Waldsee sehr gut da. Die Entwicklung der Steuerkraft steigt um fast 10% und übersteigt erstmals das Niveau vor 2008 und stellt damit einen Rekordwert dar. Meine Vorredner haben weitere Daten und Fakten zum Haushaltsplan geliefert, sodass wir davon absehen darauf einzugehen.

Auch ein Rekord stellt unser Antragsreigen dar, der dazu dienen soll mitzugestalten, Ideen einzubringen und gemeinsam den Weg in eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft zu finden, auch über den aktuellen Haushalt hinaus.

Viele Maßnahmen sind notwendige Investitionen, sogenannte Pflichtaufgaben der Stadt: Unterhaltungsmaßnahmen für Straßen, Investitionen in IT, deutliche Personalkostenerhöhungen sowie vielfache Unterhaltungsmaßnahmen in Vermögen und Substanz der Kommune.

Diese Pflichtaufgaben sind wichtiger Bestandteil dieses Haushalts. Natürlich beschränken diese Ausgaben unsere Gestaltungsmöglichkeiten.

Uns ist es aber ein Anliegen, zukunftsorientiert und positiv mit innovativen und nachhaltigen Ideen aufzuwarten.

Einer unserer Anträge befasst sich mit dem AKKJB: Der Arbeitskreis Kinder Jugend und Bildung, der gut gemeint, und zu Recht initiiert wurde, steht eigentlich vor dem Aus. Wir möchten die Auflösung des Arbeitskreises beantragen und die Delegation der Inhalte an die zuständigen Ausschüsse. Dem Arbeitskreis fehlt es zum einen an Inhalten, zum anderen hauptsächlich am Motor, an demjenigen oder denjenigen, die diesen Arbeitskreis vorantreiben, Arbeit übernehmen. Die Verwaltung, wie auch der Gemeinderat können diese Leistung zurzeit nicht stemmen. Somit wird dieser Arbeitskreis zur Informationsveranstaltung, die allein den Austausch pflegt, dass aber geht an der Zielsetzung und Wirksamkeit des Kreises vorbei. So stellt unserer Meinung nach der Arbeitskreis heute nur noch ein reines Alibi dar, um Aktivitäten zu Jugendthemen und Bildung zu legitimieren. Wir glauben, dass die Themen und

Inhalte des Arbeitskreises sinnvoller und gerichteter in dem jeweiligen Ausschuss aufgehoben sind. Wir erhoffen uns dadurch ein effizienteres, stringenteres Vorgehen und eine erweiterte inhaltliche Nähe des Gemeinderates an die Themen von Kindern, Jugendlichen, Schule und Bildung.

Darüber, dass wir zwei junge Gemeinderäte in diesem Gremium haben, die durch ihre Mitarbeit sog. Jugend-Themen in den Gemeinderat tragen können, freuen wir uns sehr. Bei ihrer Arbeit werden wir sie tatkräftig unterstützen.

In die Schulen haben wir in den vergangenen Jahren Millionen investiert. Auch dieses Jahr 420.000 Euro in Gebäudeunterhalt sowie Investitionen von 317.000 Euro. Und dies zu Recht, zum einen als Standortvorteil für eine Kommune, ebenso als Investitionen in die Zukunft. Das ist alles schön und gut und wird auch weiterhin von uns als wichtige Gemeinderatsarbeit empfunden. Uns geht es aber noch um etwas anderes: Wir haben das Gefühl, dass der Gemeinderat sich auf seine Rolle als Träger der Schulen reduziert: Er fühlt sich verantwortlich allein für die Infrastruktur, die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Ausstattung. Die inhaltliche Nähe zum Thema Schulentwicklung beispielsweise nimmt er nur zögerlich oder noch gar nicht wahr. Der GR muss aber, unserer Meinung nach, an der Schulentwicklung aktiv, ja als Motor in einer sich verändernden Bildungslandschaft fungieren, Möglichkeiten sondieren, diskutieren, Vorschläge und Wünsche äußern – diese Chance muss er künftig mehr nutzen. Als Auftakt regen wir den Besuch einer Gemeinschaftsschule und einer Ganztageschule mit rhythmisiertem Unterricht vor. So haben alle Entscheidungsträger nicht nur den gleichen Sachstand, sondern auch eine Vorstellung davon, wie unsere örtliche Schullandschaft auch sein und sich entwickeln könnte. Wer Biogasanlagen besichtigen kann, kann auch Schulen besichtigen. Danach ist man meistens klüger!

Denn ein Gemeinderat, der diese Entwicklung gar nicht begleitet und sich rein auf seine Rolle als Anbieter der Infrastruktur beschränkt, verpasst wichtige Entwicklungsschritte. Dazu müsste der Gemeinderat erst einmal die Haltung ablegen, er würde sich in Bereiche einmischen, die ihn nichts angingen. Zum anderen müsste der Gemeinderat auch eine Position, eine Zukunftsvision entwickeln. Dies können wir heute so nicht erkennen. Somit verbleiben viele positive Faktoren wie, nur als Stichworte: Inklusion und Kooperation auf niederem Niveau, trotz der hervorragend aufgestellten Schullandschaft auf dem Döchtbühl. So erklärt sich auch, warum die Ganztageschule dort aktuell eben doch nur eine verlängerte Halbtageschule ist und die Chancen einer konsequenten Entwicklung Schülern, Eltern und Lehrern keinen Vorteil zu vorher bringt.

Wir stellen zwei weitere Anträge. Ein Antrag befasst sich mit dem städtischen Spital zum Heiligen Geist. Dies ist für uns ein wichtiger Eigenbetrieb und ein fester Bestandteil des sozialen Lebens in Bad Waldsee. Die Qualität der Pflege und das Ausarbeiten eines Profils, um das Spital zu stärken, liegen uns sehr am Herzen. Wir stellen den Antrag die Stadtverwaltung möge prüfen, ob und wie je eine volle Stelle für einen Ergotherapeuten mit Schwerpunkt Geriatrie und einen Physiotherapeuten zu schaffen wäre. Noch mal genauer: Wir fordern hier, in die Diskussion über die

Finanzierungsmöglichkeiten dieser Stellen eintreten. Welche Szenarien gibt es? Wie kann dies entwickelt werden? Uns ist bewusst, dass dies mit Kosten für den Eigenbetrieb verbunden ist. Gerade unter dem Aspekt eines immer stärker sich verändernden Aufgabenfeldes und der demografischen Entwicklung kommt dieser Forderung aber Bedeutung zu. Eine Zunahme von altersbedingten Krankheiten wie Infarkte, Schlaganfälle, Demenz und Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates, machen die Pflege anspruchsvoller. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es zu bewältigen gilt. Gleichzeitig stärken wir damit nicht nur die Attraktivität des Spitals und schaffen ein Alleinstellungsmerkmal, sondern wir entlasten und unterstützen auch das Personal bei seiner anspruchsvollen und wichtigen Arbeit.

Der andere Antrag betrifft den Stadtseniorenrat. Diese Einrichtung war von der Stadt initiiert, gewollt und empfand sich auch als Bestandteil des kommunalen Geschehens. Gleichwohl krankten die Beziehungen und Absprachen an der Kommunikation zwischen Gemeinderatsgremium und Stadtsenioren. Wir betrachten dies als strukturelles Problem. Deshalb ist es uns ein Anliegen, diese Thematik auf die Seite des Gemeinderates zu ziehen und von dort her die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Im Antrag geht es um die Bildung eines „Ältesten Rates“. Dieses Gremium ist nicht in der Gemeindeordnung oder der Hauptsatzung vorgesehen. Es dient mehr der Aufgabenbeschreibung. Bisher hat der Gemeinderat die Entwicklung begleitet durch ein Anhörungs- und Stellungnahmerecht, durch regelmäßige Anwesenheit der Fraktionssprecher bei den Veranstaltungen. Nun geht es aber darum, aktiv vonseiten des Gemeinderates an der Entwicklung des Stadtseniorenrates teilzunehmen. Dieses Verknüpfen der politisch Aktiven und des Seniorenrates zu einer gemeinsamen Zielsetzung kann sich personell durch ältere Gemeinderäte darstellen. Es wäre wichtig, wenn von allen Fraktionen zumindest eine Person sich dafür bereit erklären könnte. In unserer Fraktion stehen Herr Vogel und Herr Zander dafür bereit. In welcher Form der Ältestenrat dann mit den Stadtsenioren zusammenarbeitet, was seine Funktion ist, und wie er im Vorstand dadurch auch tätig ist, dies muss weiter besprochen werden.

Ehrenamtliches Engagement in Bad Waldsee wird immer gewürdigt und geschätzt, auch von uns. Unter anderem hat der GR, auch auf Initiative der GAL, die Veränderungen der Vereinsförderrichtlinien und damit eine Förderung sozialer und karitativer Institutionen ermöglicht. Eine Unterstützung vonseiten der Stadt für den Verein Global, den Helferkreis Haisterkirch oder den Krankenpflegeverein Reute, stellen Ausgangspunkte dar für eine Erörterung, welche weiteren in diesem Bereich tätigen Institutionen förderungswürdig sind. Wir begrüßen die Anregung eines Sozialfonds des Sozialamts, um diese Mittel für diese Institutionen bereitzustellen. Wir unterstützen auch den Antrag der CDU, die Mittel auf 20.000 € aufzustocken. Wir alle wissen, wie sehr uns das Thema Asylbewerber umtreibt, und welche notwendigen Schritte nun von uns verlangt werden, um unseren Pflichten gerecht zu werden. Flüchtlingen Asyl zu gewähren ist für uns nicht nur Christenpflicht, sondern die Umsetzung eines Menschenrechts. Schön, dass diese Menschen in Bad Waldsee willkommen sind und auch weiterhin willkommen sein werden. Gerade bei diesem

Thema zieht der Gemeinderat an einem Strang und das ist auch gut so. Wir danken allen im Ehrenamt tätigen Bürgerinnen und Bürgern. Wir unterstützen sie wo immer möglich. Denn die ehrenamtlich tätigen Menschen leisten gesellschaftliche Arbeit, die oft ohne sie schlecht oder gar nicht stattfände.

Zur Frage der weiteren Entwicklung Bad Waldsees haben wir uns bereits im Dezember 2014 im Rahmen neuer Bebauungspläne grundsätzlich geäußert. Für uns ist die Innenentwicklung der Stadt Schwerpunkt. Es existiert kein Brachflächenkataster für den privaten Bereich, nur für Gewerbegebiete. Sprich wir haben keinen Überblick, wo und in welcher Qualität, bebaubare Flächen zum Wohnen existieren. Dabei ist die Innenentwicklung das, was die Lebendigkeit der Stadt ausmacht. Attraktives Wohnen für Familien, für Jung und Alt. Und dies ergänzt durch ein Altstadtsanierungsprogramm, welches zum Antlitz dieser Stadt passt. Neue Baugebiete benötigen Kanalisation, Spielplätze, Versorgung und Entsorgungsleitungen. Diese Folgekosten müssen alle Steuer- und Gebührenzahler tragen. Hier müssen wir uns fragen: Wie sieht es mit der demografischen Entwicklung aus? Welchen Mehrbedarf an Wohnraum haben wir langfristig? Reicht unsere Infrastruktur dafür aus, passt sie noch in 20 Jahren? Gibt es Leerstände Baulücken und Brachflächen? Neue Wohngebiete bringen aber auch mehr Verkehr. Jeder kennt die Ärgernisse des Verkehrs aus seinem täglichen Leben. Jeder will frische Luft, keinen Lärm oder Feinstaub, kurz eine liebenswerte Innenstadt. Eine Vielzahl an Problemstellungen zum Thema Verkehr hat in den letzten Monaten und Jahren den Rat beschäftigt. Es braucht Antworten auf Verkehrsfragen und ein Umdenken, aber auch ein Umlenken. Stadtplanung-, Fußgänger- und Citybuskonzept sind da die richtige Antwort und bringen uns weiter. Der ÖPNV muss Vorrang vor dem Autoverkehr haben! Deshalb auch unsere Forderung nach Tempo 30 innerorts und LKWs über 7,5 T raus aus der Stadt.

Zwei Anträge gibt es von uns zum Thema Verkehr.

Für das Radverkehrskonzept werden dieses Jahr 70.000 € veranschlagt. Weitere Schritte zur Umsetzung des Radwegkonzeptes stehen an. Die Verwaltung beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit einer umfassenden Aufstellung der Radabstellanlagen, um diese zu optimieren und neu auszustatten. Welche Absurditäten es manchmal gibt, zeigt folgender Vorgang. Im Haushalt der Kurverwaltung sind für die Erstellung einer neuen Überdachung des Müllplatzes im Strand und Freibad Mittel in Höhe von 21.000 € eingestellt. Dafür gibt es laut Verwaltung sogar eine Vorschrift. Gleichzeitig wächst der Ärger unserer Radfahrer, die es auf sich nehmen, bei Wind und Wetter am Straßenverkehr teilzunehmen. Sie fühlen sich im Regen stehen gelassen, denn für Überdachungen ihrer Räder gibt es keine Vorschrift. Wir verbessern den Reisemobil-Stellplatz, werben mit Maxi-Stellplätzen für Wohnmobile mit Anhängern, wir sanieren das Parkdeck am Mayenbad, aber Rad- und Kradfahrende Besucher der Waldseetherme finden keine Überdachung vor. Mülltonnen haben es da besser. Überdachte Radabstellanlagen sind eine Selbstverständlichkeit und kein Luxus!. Radfahrer müssen bei der Waldsee-Therme und den öffentlichen Einrichtungen Überdachungen vorfinden. Sonst ist unser Radkonzept unvollständig.

Der Kfz-Bestand in Bad Waldsee hat von 1991-2012 um 37 %, der Lkw-Bestand sogar um 60 % zugenommen. Die Jahresfahrleistung in Bad Waldsee ist von 1990-2010 um 80 % gestiegen. Das sind die Fakten. Wenn wir das Interesse haben, Bad Waldsee zu einer modernen ökologischen, lebenswerten Stadt auszubauen, dann müssen wir konsequent unsere Zielsetzungen der Energie, des Klimaschutzes und der Verkehrskonzepte vorantreiben. Dazu gehört auch ein Bekenntnis zum Citybus als wichtiger innerstädtischer Mobilitätsfaktor. Die vorliegenden Zahlen sprechen eine beschämende Sprache für die Akzeptanz und Attraktivität des Citybus bei der Bevölkerung. Allein 2014 hat der Citybus 328.000 € an Subventionen gekostet. Können wir uns das auf Dauer leisten? Der Citybus muss preislich interessanter werden und sich zur wirklichen Alternative weiterentwickeln. Solange allerdings das Parken, wo auch immer in der Stadt, billiger ist als ein Einzelfahrschein beim Citybus, wird sich nicht wirklich etwas ändern. Da sind wir mit Bürgermeister Weinschenk einer Meinung. Wir plädieren deshalb dafür, die Parkplatzgebühren so anzupassen, dass Mehreinnahmen in Höhe der bisher erwirtschafteten Buseinnahmen erzielt werden. Und gleichzeitig den Bus gratis anzubieten.

Dieser Antrag beschäftigt unsere Fraktion schon seit Längerem und wurde schon vor dem Artikel in der SZ vom letzten Donnerstag von uns formuliert. Wir wissen, dass erfahrungs- und naturgemäß jedem, der umsteuern oder etwas an Gewohnheiten verändern will, der Wind frontal ins Gesicht bläst. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht von jedem Bürger für diese Maßnahme geliebt werden. Bei zunächst unpopulären Maßnahmen werden die Interessen einzelner oder von Gruppen vehement vertreten.

Das Gesamtinteresse der Stadt und ihrer Bürger aber fordert von uns Räten Standfestigkeit und kein Einknicken, wenn es dann um die Umsetzung einmal gefasster Gemeinderatsbeschlüsse geht. Das schadet auch dem Ruf des Gremiums. Die GAL ist da klar aufgestellt. Wir wollen nicht gefallen, sondern am Bau einer nachhaltigen, lebenswerten und lebendigen Stadt mitwirken. Dafür sind wir gewählt worden. Das ist nicht immer einfach, macht aber Sinn.

Wir danken der Verwaltung für die offene Kommunikation und Unterstützung, unseren Mit-Räten für das offene Aufeinanderzugehen!

Und Ihnen allen Danke fürs Zuhören.

02.02.2015

Für die GAL-Fraktion
Fraktionssprecher
Dominik Souard